



An der Schwelle des neuen Jahres bedenken wir Deutschen ...

Wieviel klarer ist die heutige Lage!

Wir vergleichen die Verhältnisse von heute und von 1914/18

Heute Sonderzuteilung damals Kohlrübenwinter

Weihnachten 1942 — die vierte Kriegswihnacht! Unter dem Tannenbaum, unter dem man uns die kleine hellbraune Karte der Sonderzuteilungen mit ihren zwölf Abschnitten legte, blieben die Gedanken zurück zum Winter 1916, in den zur Festesfreude die amtliche Ankündigung platze, daß der Wochenatz an Kartoffeln von 6 auf 5 Pfund gesenkt werden müsse. Und Kriegswihnacht 1917 war im berühmtesten Kohlrübenwinter, in dem Kohlrüben und immer wieder deutsches Hausbrot bestimmten, die Kartoffel und das Gemüse ersetzten und in Salaten und Brotkrumen, in Puddings und Kuchen, in Aufläufen und Suppen wiederverwertet. In dem die mifachtere Rübe die letzte Rettung war, weil alle die junggegründeten Bewirtschaftungsstellen versagten oder zu spät kamen. Es gab eine Reichskartoffelkarte und eine Reichshilfskartoffelkarte, es gab eine Reichskartoffelkarte für Gemüse und Obst und sogar Kriegswirtschaftskarten für Sauerkraut und Teichfische, aber es gab keine Kartoffeln und keine Hilfskartoffeln, keinen Apfel, kein halbes Pfund Sauerkraut und keine Plätze beim Händler. Deutschland hungerte, und das Weihnachtsfest stand im Zeichen dieses Hungers. Daran wollen wir denken, wenn wir die Flasche entkorken, die wir uns zur Kriegswihnacht 1942 auf einen unserer zwölf Abschnitte zuzuwenden erlaubte. Es ist ratsam, gelegentlich Rückschau zu halten. Kramen wir darum in der Erinnerungskiste, in der wir die Oberreste vergilbter Brotkrumen mit dem erdbraunen Stück harter KA. (sprich: Kriegsausfalls-Seele) und dem Fetzen vom ersten Papiergarnanzug aufbewahren. Nehmen wir uns des städtischen Normalverbrauches an den Kriegswihnachten und heftiger in Mitteldensität gezogen haben alle den Schichtversorger am Stadtrand oder draußen vom Lande. Was ihm an wichtigsten Lebensmitteln heute zusteht, reicht aus, um ihn arbeitsfähig zu erhalten. Anders lag der Fall an der Wende des 3. zum 4. Kriegswirtschaftsjahr im Weltkrieg, denn damals betrug seine Brotration nur 80 v. H., seine Fleischration nur 85 v. H., und seine Fettzuteilung sogar nur 10 v. H. der heutigen. Auch diese Sätze standen im übrigen nur auf dem Papier und waren nicht immer in voller Höhe einzutreiben. Schlimmer noch bestellte war es um den Schwarzarbeiter und den Schwerstarbeiter. Zwar wurde infolge der von Monat zu Monat kürzer werdenden Rohstoffdecke in vielen Betrieben nur noch an fünf Tagen in der Woche gearbeitet, aber mit Lebensmittelrationen zu erzielen, die bei Fleisch kaum die Hälfte, bei Fett sogar nicht einmal den dritten Teil und für Schwerstarbeiter knapp den fünften Teil der heutigen betragen, war so gut wie ausgeschlossen. Zumal der Mann, der den Tag über schwere und schwerste Arbeit verrichtet hatte, abends nicht einmal vorfind, was ihm an Nahrung zusteht. Meldete doch eine Berliner Zeitung am 26. Januar 1917, daß im Berliner Rathaus täglich Hunderte von Frauen nicht erfüllte Ansprüche geltend machten, und daß die Brotkolonnen im Straßenbild zu einer alltäglichen Erscheinung geworden waren. Atemlos keuchend stampfte die Maschine der deutschen Kriegsversorgung, deren Räder heute sauber geölt reibungslos seit dem ersten Kriegstag ineinandergreifen damals hinter den Ereignissen her. Sie gab sich redliche Mühe, ihre Aufgabe mit deutscher Gründlichkeit zu organisieren, aber sie vergaß über der Organisation die Wirklichkeit. So kam es, daß die Versorgung der Städte durch das Land alles zu wünschen übrigließ, daß die Schweine der Bauern, wie böse Mäuler sagten die Kartoffel fraßen, die Menschen in den Städten aber die

Kohlrüben. So kam es, daß man am 5. Februar in Berlin-Grünwald nach 3 Pfund Kartoffeln je Kopf ausgeben konnte, in Charlottenburg wenige Kiloster davon entfernt, überhaupt keine, in Weißensee 3 Pfund Kartoffeln und 4 Pfund Kohlrüben und in kleineren Vororten sogar gelegentlich 6 Pfund Kartoffeln und 400 Gramm Mehl. Wieviel klarer die heutige Regelung! Auch unsere Rationen sind nicht unangenehm, aber sie bieten die Gewähr, daß einer Auszehrung vorgebeugt ist. Während man sie damals für Brot erst im 8., für Kartoffeln im 20., für Fett im 21. und für Fleisch erst im 27. Kriegsmonat einfuhrte, als Riesenmengen speicherfähiger Waren bereits in die Hände kapitalkräftiger Schieber abgewandert waren, traten sie diesmal unmittelbar zu Kriegsbeginn in Kraft, dem Schleichhandel ein Schnippen schlagend und eine gerechte Ordnung sichernd.

Herr und Frau Raffke verstorben

Die energische Hand unserer Kriegswirtschaftsführung hat den skrupellosen Raffke, der sich im Ersten Weltkrieg breit machte, diesmal von Anfang an ausgeschaltet. Der vollgefressene Kriegsschieber, der zur Begleiterscheinung des großen Ringens 1914/18 geworden war und, vom Kaffee und von der Butternote angefangen, bis zum Kommissstiefel und zur Patronentasche alles schob, was sich unter der Hand auftreiben ließ, gehört der Vergangenheit an. Trotzdem lohnt es sich, kurz zu rekapitulieren, was schlief und ungesund, unverständlich und demoralisierend war. Die Quelle des Übels bestand zweifellos in der fehlenden Preisordnung, die erst nachgeholt wurde, als es zu spät war, als die Preise Brot z. B. 24 v. H., Rindfleisch 235 v. H. und Schweinefleisch 190 v. H. mehr kosteten als im Frieden. Dem Arbeiter, der für sein Kilo Schweinebraten bei Kriegsausbruch 1,55 Mark gezahlt hatte, wurden von seinem kaum erhöhten Lohn für die gleiche Menge 3,26 Mark abverlangt, und er durfte sich glücklich schätzen, wenn er dafür überhaupt bekam. Denn Fleisch war ein Objekt, dessen sich der Schwarz- und Schleichhandel mit besonderer Liebe angenommen hatte. Raffke verdiente. Raffke saß irgendwo hinter einem Bartsch oder im verschwiegenen Hinterzimmer stiller Kneipen und telefonierte. Ein einziges solches Gespräch über den Draht trug ihm Tausende von Mark ein. Raffke kaufte, ohne sie anzusehen, 10 Doppelzentner Kaffee für 20 000 Mark und verschob sie eine Stunde später für 35 000 Mark an einen Großhändler (das ist gerichtsnotorisch). Raffke versorgte Weinstuben mit geheimnisvoll flüsternden Kellnern mit Fleisch, so daß in einem Berliner Restaurant an einem fleischlosen Tag allein 122 Portionen Schweinefleisch (hinunterherum ausgesaugten) werden konnten. Raffke, die der einfache Hausvater nie hätte erschwingen können. Während das Volk mit knurrendem Magen zur Arbeit ging, erfreute sich Raffke an den leckeren Dingen, die für viel Geld noch immer zu haben waren, an Spickgänsen und Schokolade, an Delikatessen, die über die Schweiz hereinflössen, und an Obst, das aus Holland kam. Während die Hausfrau sich den Kopf zerbrach, wie sie den knappen Wochenlohn ihres Mannes in die Länge zog, war es für ihn eine Kleinigkeit, Pfirsiche für 2,50 Mark das Stück, Feigen für 8 Mark das Pfund, Warschauer Schokolade für 20 Mark und Weintrauben für 6 Mark das Pfund zu erstehen. Schieber und Wucherer sorgten dafür, daß die Ware dorthin geleitet wurde, wo sie am meisten einbrachte — und die Behörden sahen ohnmächtig zu. Erst wenn wir uns an die Trostlosigkeit jener Zeit zurückdenken, können wir erfassen, wieviel Dank wir unserer Staatsführung für die Versorgung der Städte durch das Land alles zu wünschen übrigließ, daß die Schweine der Bauern, wie böse Mäuler sagten die Kartoffel fraßen, die Menschen in den Städten aber die

Da heute in vielen Tausenden von Betrieben die Arbeitsstunden vermehrt und die Arbeitsleistung gesteigert werden mußte, erhöhte sich zwar auf der einen Seite die gesamte Lohnsumme, die zur Auszahlung gelangte, um ein Beträchtliches, die Preise für die meisten und — was wesentlich ist — für die lebenswichtigsten Güter des täglichen Bedarfs aber blieben unverändert. Die Hausfrau, die im Jahre 1939 für ein Kilo Brot 31 Pfennige auf den Ladentisch legte, zahlt auch heute noch für die gleiche Ware 31 Pfennige, und für ihr Kilo Rindfleisch heute wie zu Kriegsbeginn 1,67 Mark. Was diese Sicherheit bedeutet, weiß jeder einzuschätzen, der im Weltkrieg mitansetzen mußte, wie die Lebenshaltungskosten von Tag zu Tag stiegen. Heutige gelegentliche Preiserhöhungen nicht lebenswichtiger Güter vermögen den einzelnen Haushalt nicht zu gefährden, weil der Reichskommissar für die Preisbildung aufmerksam darüber wacht, daß sie mit dem bestehenden Lohnstopp in Einklang bleiben. Zurückzuführen sind sie zum Teil auf stark festgesetzte Finanzierungsmaßnahmen, durch welche sie zu einer Art Zwecksteuer werden. Niemals aber haben sie den Zweck, eine besondere Schicht von Händlern und Zwischenhändlern zu bereichern. Die Raffkes hat die Inflation verschlungen. Seiner Wiederkehr sind ein paar sehr derber Riegel vorgeschoben.

Gegen die Dividendenhamsterer

Neben dem Kriegsschieber trieb einst der Kriegsgewinnler sein Unwesen. Während aber sein Kumpan stets bestrebt sein mußte, den staatlichen Organen ein Schnippchen zu schlagen, kam er legal auf seine Kosten, auf dem Umweg über die Dividende. Gab es doch Betriebe und Konzerne, die an ihren Rüstungsaufträgen so ungeheuer verdienten, daß dreistellige und vierstellige Dividenden aus den Reingewinnen verteilt werden konnten. Dividenden bis zu 2000 v. H.!!! Noch heute gibt es derartige Mammutgewinne in den plutokratischen Ländern der Gegenseite zur Tagesordnung. Sowohl in den Kreisen der führenden englischen Persönlichkeiten als auch in denen der amerikanischen Parlamentarier und hohen Bundesbeamten gilt es als vollumfänglich mit Amt, Stellung und Würden vereinbar, mit hohen Einkünften an der Spitze der Hochtouristen gekurbelten Fabrikation von Kriegsmaterial beteiligt zu sein. Seit Rothschilds Zeiten betrachtet der Kapitalist den Krieg als eine Einrichtung, durch die er sich rascher als auf irgendeine andere Art und Weise bereichern kann. Im Weltkriegsdeutschland dachte man nicht anders. Man faßt sich an den Kopf, wenn man in einer viel gelesenen Berliner Zeitung vom August 1917 die Streitgespräche der Reichshandelskammer zu dem aktuellen Thema „Übergewinn“ zu Gesicht bekommt. In ihr wird allen Ernstes die „gesetzliche Festlegung“ gefordert, daß ein Gewinn nicht übermäßig ist, wenn er zwar den ziffernmäßigen Friedensgewinn übersteigt dies aber in den allgemeinen durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen begründet ist. Klar und entschieden lehnt die heutige Führung diese unrechtmäßige Bereicherung einzelner Schichten ab. Gegen den Kriegsgewinnler, der in der Volkswirtschaft durch den Krieg entstandene Verhältnisse entgegen dem Gesamtinteresse zum eigenen Vorteil ausnutzt, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, kommt die ganze Schwere des Gesetzes, auch des Strafgesetzes, zur Anwendung. Der Kriegsgewinnler wird unter allen Umständen mit harten Ordnungsstrafen belegt und in schwerwiegenden Fällen darüber hinaus auch gerichtlich angefaßt. So wäre es eine Unmöglichkeit, daß heute im Anzeigenteil einer deutschen Zeitung der Jahresbericht einer Aktiengesellschaft erschiene, die bekanntlich daß sie nach Abschreibung von 4 1/2 Millionen Mark auf ihre Anlagen und nach Rückstellung von 2 Millio-

nen Mark für Steuern einen Reingewinn von 4 Millionen Mark ausweist, von dem sie 16 v. H. Dividende ausschüttet. Wie die Zeiten, so haben sich die Proportionen verändert. Es gibt keine Reingewinne mehr, die über dem Liegen, was an Steuern abzuführen ist. Es gibt auch keine Dividenden in dieser Höhe mehr. Werden an bestimmten Stellen besonders hohe Gewinne erzielt, so wird in der Regel unverzüglich nachgeprüft, ob nicht Preissteigerungen angebracht erscheinen. Und hat ein Unternehmen oder ein Kreis von Unternehmen Preisberatungen unterlassen, zu denen es verpflichtet gewesen wäre, so sind sie gezwungen, die entsprechenden Gewinne an die zuständige Finanzamt abzuführen. Als Auftragneher gilt im Kriege mehr denn je die Gemeinschaft, das Volk in seiner Gesamtheit, und es ist natürlich, daß keiner aus dem Säckel dieser Gemeinschaft einen Groschen mehr bezieht, als ihm für seine Leistung zusteht.

Der Krieg auf den Schienen

Im Januar 1917 wuchsen die Polonäsen vor den Kohlengräbern beständig. Um ein paar Bröckchen in der Markttasche nach Hause zu tragen, stand die Hausfrau, standen Kinder und alte Männer stundenlang in wirbelndem Schnee an. Wer die Zeit dazu nicht fand, froh um ein erbärmlicher in seinen vier Wänden, denn der Winter war bitterkalt, und die Magen Kohlsuppe füllten zwar den Magen, vermochten aber nicht von innen her zu wärmen. Weiß der Teufel, wie diese Umengen von Rügen es geschafft hatten, noch zur rechten Zeit heranzukommen. Der Kartoffel war es nicht mehr geblückt. Infolge Mangels an Transportraum. Um nämlich die gesamte 30 Millionen Köpfe zählende großstädtische Bevölkerung des Reiches täglich auch nur mit einem Pfund Kartoffeln versorgen zu können, wären Tag für Tag 1500 Eisenbahnwaggons (15 Mill. kg) nötig gewesen. Diese 1500 Waggons waren nicht aufzutreiben. Sie fehlten auch an anderen Stellen. Sie fehlten, wo sie für Truppenverschiebungen benötigt wurden, sie fehlten bei der Beförderung wichtiger Rohstoffe für die Rüstungsindustrie und beim Abtransport der Fertigerzeugnisse aus den Waffen- und Munitionsfabriken an die Front. Mochten sich die Herren in Berlin die Haare raufen, Waggons waren nicht in genügender Zahl heranzuschaffen, genau so wenig wie Lokomotiven. Es fehlten nämlich nicht so sehr die Fahrzeuge an sich, es mangelte vor allem an der uns heute so geläufigen Konzentration der Kräfte. Während draußen an den Fronten bereits die großen Materialschlachten tobten, stiegen sich in der Heimat acht Staatsbahnverwaltungen in acht Ländern um Zuständigkeitsbelange. Während über zerstampfte Granatfelder bayerische, badische und preussische Stabsregimentär-Schulter an Schulter vorbrachen, bedauerte eine badische Staatsbahnverwaltung, für einen Transport über Bayern nach Preußen keine Lokomotive zur Verfügung stellen zu können, weil sie ihre Maschinen auf dem eigenen Netz nicht entbehren könnte. Es war zu spät, als man sich im Jahre 1917, im dritten Kriegsjahr, entschloß, mit der Einrichtung der Kriegsbetriebsleitung eine Zusammenfassung der einzelnen Staatsbahnverwaltungen herbeizuführen und in den besetzten West- und Ostgebieten je eine Militär-Generaleisenbahndirektion in Brüssel und Warschau einzusetzen, denen mehrere Militär-Eisenbahndirektionen unterstellt wurden. Dem gegenüber steht die klare Steuerung der Transporte heute. Wie von einem großen Stellwerk her wird das „Netz Großdeutschland“ mit seinen 161 000 Schienenkilometern, seinen Straßen und Autobahnen, seinen Strömen, Flüssen und Kanälen von einer Zentrale aus beaufsichtigt, werden Anordnungen in den blitzschnell bis zu den Pyrenäen und zum Kaukasus geleitet. Der Güterwagen und der Lokomotivführer, das Schmerzenskind der Verkehrsgewaltigen des vorigen Weltkrieges,

gehen glatt und fast automatisch vonstatten. Anforderungen der Wehrmacht, der Rüstungswirtschaft und der zivilen Versorgung an Transportmittel werden von zentraler Verkehrsleitstelle her gewogen und entsprechend dem Grad ihrer Dringlichkeit erfüllt. Der Verkehr auf dem gigantisch ausgeweiteten Schienennetz läuft wie eine gut geölte Maschine. Eine „Kriegswirtschaft“, die im Jahre 1914/18 im Leben gerippte Zentralstelle für kriegswirtschaftliche Eisenbahntransporte, daran denken konnte, an nacheinandergehenden Aufgaben zu gehen, war viel unersetzliche Zeit wert. Die ähnlichen Aufgaben heute zu meistern fällt deshalb wesentlich leichter, weil wir uns bereits im Frieden daran gewöhnt haben, zu konzentrieren, die nach allen Himmelsrichtungen auseinanderlaufenden Fäden am einen Ende doch in einer Hand zu vereinen und über der Schiene die Binnenwasserstraße und die Straße nicht zu vergessen.

Es klingt zwar kaum glaubhaft, aber es ist leider allzu wahr, daß man im ersten Weltkrieg unsere Wasserstraßen und die Transportmöglichkeiten, die die Binnenschiffahrt bot, einfach übersehen hat. Ein umfangreiches Transportvolumen lag tatsächlich bis zum Jahre 1917 brach. Die Binnenschiffer und ihre wehrfähigen Lastkähne waren zum Nichtstun verurteilt, während die Eisenbahn den sie gerichteten Forderungen kaum mehr gerecht zu werden vermochte. Auch hier haben wir eine grundsätzliche Änderung erlebt. Nach der Parole „Jedem Transport das richtige Verkehrsmittel“ ist die Binnenschiffahrt heute ebenso gründlich in unsere Kriegswirtschaft eingepaßt wie die Reichsbahn, und Tausende von Tonnen wertvoller Güter wandern, ebenso zentral gelenkt wie die Schienentransporte, heute tagtäglich über deutsche Wasserstraßen zu ihren Verbrauchern.

Den Erfolg dieser strengen Kontrolle aller Verkehrsträger bekommt jeder von uns zu spüren. Auch dem Großstädter war es in diesem Jahre z. B. möglich, die ihm zustehenden Kartoffeln für den Winter einzulagern. Warum? Weil die Eisenbahn genug heranzuführte, weil sie im November 1942 einen rund 31 v. H. stärkeren Kartoffelgang bewältigte als im November 1917. Keiner von uns braucht wegen einer Handvoll Prekohl mehr Schlange zu stehen. Keiner braucht auf seinen Weihnachtsbaum zu verzichten, oder auf das Brot, das Fleisch, die Butter, die ihm gemäß seiner Karte zuzuschicken. Überraschungen, auch unangenehme, gehören zu den Eigenarten aller Kriege. Unvorhergesehenen Schwierigkeiten werden sich stets eher in Kriegsjahren als im tiefen Frieden einstellen. Was aber getan werden konnte, ihnen vorzubeugen, ist diesmal getan worden. Der Umlauf der Transportmittel wurde beschleunigt, der Güterwaggonpark vergrößert, die Quote der reparaturbedürftigen Lokomotiven auf einen Rekordstand gedrückt — und was dabei heraussprang, ist das Plus an Transportleistungen, das wir in der Erinnerung an die trübe Zeit des Winters 1917 wachen wollen.

Rachitis, Tbc, Typhus, Ruhr ...

„Beängstigend greift, als Folgeerscheinung der immer unzulänglicheren Ernährung, die Rachitis bei den Kindern an sich“, heißt es in einem zeitgenössischen Bericht aus dem Jahre 1917. Die Rachitis ihrer unterernährten gleichzeitigen Kleinen wurde zum Schreckgespenst vieler deutscher Mütter. Man kannte die Krankheitsquelle, aber man konnte sie nicht stoppen. Denn die Vitamine, die der einformigen Kost fehlten, durch künstliche zu ersetzen, war so gut wie ausgeschlossen, und die Kinder zu verschicken, für die meisten zu kostspielig. So wuchs eine junge Generation heran, unter der der Tod reiche Auslese hielt. Die Widerstandsfähigeren blieben, von den Schwächlichen starben Hunderttausende. Eine gründliche Organisation des Gesundheitsdienstes, die in aller Stille bereits vor dem Kriege aufgebaut wurde, hat einem solchen Massensterben diesmal beizugehen vermocht. Gerade die Bekämpfung der Rachitis, die während des ersten Weltkrieges am Mark unseres Volkes zehrte, erzielte durchschlagende Erfolge. In regelmäßigen Abständen erhalten unsere Jungen und Mädchen Sonderzuteilungen an Frischobst und Gemüse. In sämtlichen Gauen des Reiches werden an die Schuljugend Vitamin-C-Bombone ausgeteilt, die einen etwaigen Mangel an natürlichen Vitaminen aus-

gleichem, Kinder auf den Großstädten und Industriegebieten werden landverschiedt, fahren für Wochen und Monate auf Bauernhöfe oder in heile, luftige Heime, aus denen sie mit roten Wangen und kräftigen Muskeln wieder heimkehren. Säuglinge stehen unter laufender kostenloser ärztlicher Kontrolle. Kein Kind verfällt dieser tödlichen Krankheit mehr, das nicht zugleich in hilfreiche Obhut und Pflege genommen wird.

Ein anderes Beispiel umfassender Gesundheitsfürsorge: die Tuberkulosehilfe. Unter dem unerträglichen Blockadedruck der Briten griff die Tuberkulose im Weltkrieg seuchartig so heftig um sich, daß die Sterblichkeit an Lungentuberkulose erschreckend zunahm. Während man im Jahre 1914 mit 12,4 Todesfällen auf 10 000 Einwohner rechnete, stellten man gegen Ende des Krieges 23 Todesfälle fest. Allein im Jahre 1919 starben 160 000 Menschen an dieser chronischen Infektionskrankheit, weil ganz einfach die Mittel fehlten, ihnen ernsthaft zu helfen, und weil es an jeglicher organisierter Abwehr mangelte. Auch hier ist ein grundlegender Wandel zu verzeichnen. Da sind zunächst die Tuberkulosefürsorgestellen, 1300 an der Zahl, in denen man berät und untersucht. Da sind die über das ganze Reich verstreuten Volksheilstätten, die von der Rentenversicherung geschaffen wurden. Da sind die Untersuchungs- und Beratungsstellen des von der NSV eingerichteten Tuberkulosehilfswerks, das die sogenannte „Schnelleinweisung“ der Erkrankten zu seinem obersten Leitmotiv gemacht hat und gegebenenfalls auch zunächst die Kosten der Versicherung übernimmt, um sich dann später mit den zur Zahlung der Heilkosten verpflichteten Stellen auseinanderzusetzen. Da ist in zielstrebigster Arbeit alles getan worden, was dieser Volkskrankheit, die bisher noch jeder Krieg förderte, steuern konnte. Mit dem Erfolg, daß die Sterblichkeitsziffer heute bei sieben Todesfällen auf je 10 000 Einwohner steht.

Wer an Tuberkulose erkrankt, weiß heute, daß er Bestand findet. Die Kosten seiner Behandlung trägt entweder die Rentenversicherung oder die Tuberkulosehilfe des Reiches. Wer ein Jahresinkommen bis zu 7200 RM hat, wozu die Zuschläge für Frau und Kinder kommen dürfen, hat Anspruch auf diese Hilfe — ein Verfahren, das einmalig in der Welt dastehen dürfte und dafür sorgen wird, daß diese weitverbreitete Krankheit trotz der Kriegszeit die ihr gezogenen Grenzen nicht übersteigt. Wie auf diesem Gebiete aber, so haben sich die Verhältnisse nicht weniger in bezug auf die Typhus- und Ruhrkrankungen gebessert. Auch diese beiden Krankheiten pflegen in den Kriegsjahren stets auf den Fuß zu folgen. Während sie jedoch einst epidemisch ausgriffen und weite Bevölkerungskreise erfaßten, gelang es, sie diesmal in Fesseln zu legen. Wir zählen infolgedessen im Jahre 1940 nur den zwölften Teil der Typhusodesfälle vom Jahre 1915 und kaum den sechsten Teil an Todesfällen bei Ruhrerkrankungen.

„Möge der Soldat sein Heim behalten ...“

„Zur Bekämpfung von Zwelstein, die mehrfach wegen des Unterstützungsanspruchs der Familien kriegsfreiwilliger Maschinisten entstanden sind, teilt die Fortifikation Antwerpen telegraphisch mit, daß die in ihrem Dienst stehenden Maschinisten Soldaten sind und als solche täglich nur 53 Pfennig Löhnung erhalten. Ihre Familien haben mithin im Falle der Bedürftigkeit Anspruch auf Unterstützung.“ So zu lesen in einer Mitteilung des Vorsitzenden des Unterstützungsausschusses vom 17. Dezember 1914. Ein freiwillig in Feindesland dienender Maschinist galt keineswegs so ohne weiteres als einer Unterstützung würdig. Es kam darauf an, wie seine vorgesetzte Dienststelle ihn auswies, und darauf, ob der „Unterstützungsausschuss“ diese Bestätigung akzeptierte. Erst dann bekamen Frau und Kinder ihren Lebensunterhalt — wenn sie bedürftig waren. Unser heutiges Familienunterhaltsrecht — wir sprechen in diesem Zusammenhang nicht mehr von öffentlicher Fürsorge oder Wohlfahrtsunterstützung — macht keinen Unterschied mehr zwischen dem Mann, der mit der Waffe in der Hand im Schützengraben liegt, und dem Munitionsführer der Transportstaffel Speer, dem Arbeitsdienstmann oder der

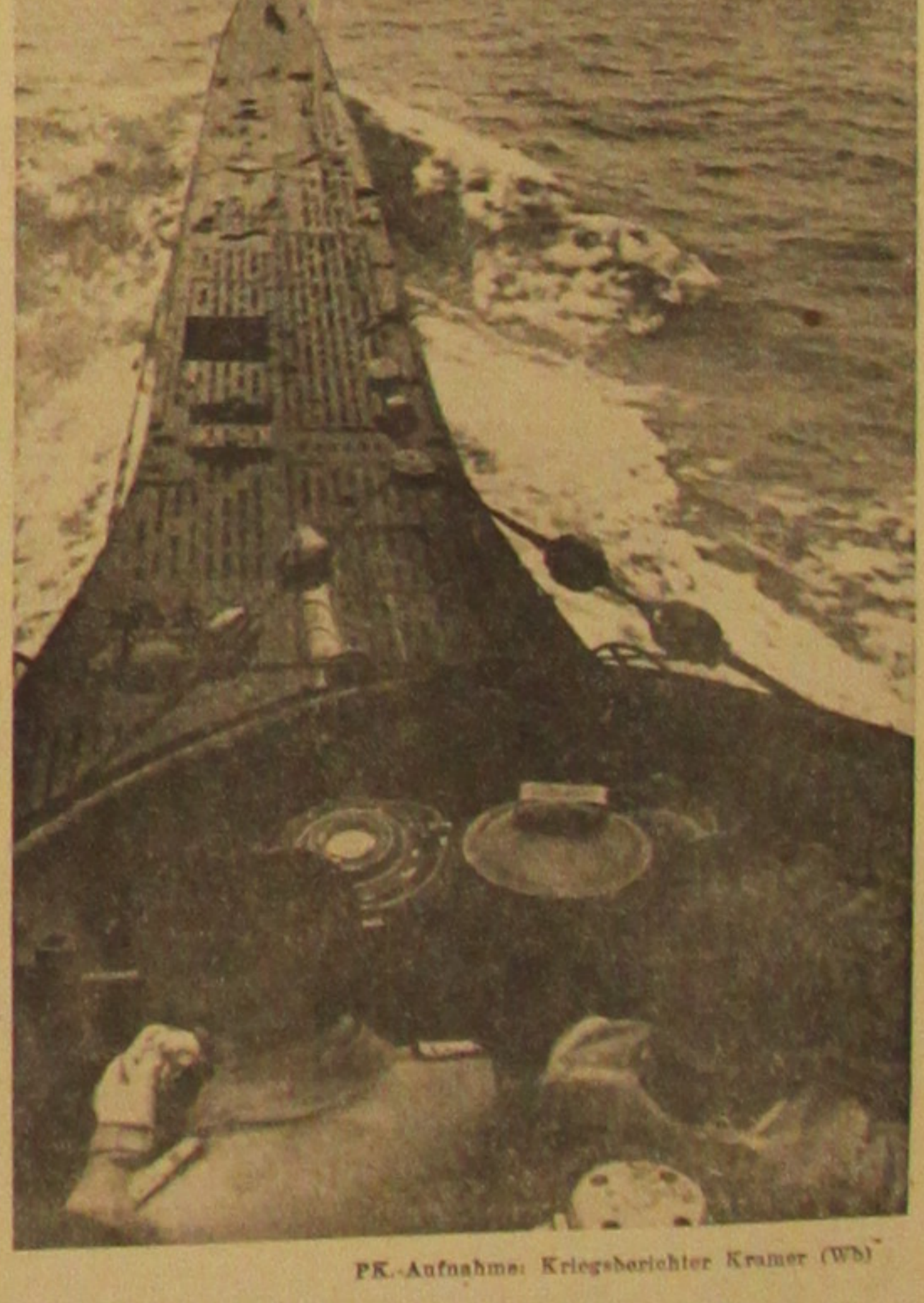


PK-Aufn.: Kriegsberichtler Bieder (WB)

PK-Aufn.: Kriegsberichtler Knöbler (WB)



Aufn.: Weltbild/Hetzel



PK-Aufnahme: Kriegsberichtler Kraiser (WB)

Der deutsche Kämpfer von 1942 wird wieder der Kämpfer von 1913 sein